

DIE WISSENSCHAFTLICHEN TAGUNGEN DES COLLEGIUM CAROLINUM 1958—1972 UND IHRE PUBLIKATION

„Ein Gedankenaustausch soll herbeigeführt und eingeleitet werden, wie er sich überall dort, wo zwei Völker sich begegneten, als höchst fruchtbar erwiesen hat. Das pulsierende Leben echter Verständigung soll geweckt werden. Im politischen Leben sind derzeit noch tiefe Gräben vorhanden, die nicht ohne weiteres überwunden werden können. Es ist nicht unsere Aufgabe, Politik zu treiben, wohl aber meinen wir, daß mit den Tschechen wieder einmal eine friedliche Aussprache möglich sein wird. Sie vorzubereiten, ist eine Aufgabe der Wissenschaft.“

Mit diesen Worten eröffnete Theodor Mayer vor sechzehn Jahren die Arbeit des Collegium Carolinum. Sie sind dem ersten Band der Tagungsberichte vorangestellt. Inzwischen liegen die Ergebnisse solcher Tagungen in einer stattlichen Reihe von 10 Bänden vor, und das Institut hat sich durch solche Tagungen wie durch ihre Publikation nicht zum mindesten einen Namen gemacht als Stätte wissenschaftlicher Begegnung im Sinn der Geleitworte von Theodor Mayer. Die Wahl der Themen und der Referenten, die gedankliche Leitung und die Herausgabe der Manuskripte schließlich zählen zu den Verdiensten unseres Jubilars. Deshalb kann ein Rückblick auf die 10 Bände der Essays und Referate von den Tagungen 1958 bis 1971 auch eine gute Anschauung von der Arbeit des Instituts unter seiner Leitung vermitteln.

Der erste Band¹ sucht mit seinem Thema eine Bestandsaufnahme und einen Brückenschlag zur neuen Heimat, die sich für einen sehr großen Teil der Vertriebenen bekanntlich in Bayern aufgetan hat. „Böhmen und Bayern“: Unter diesem Generalthema zeigt Ernst Schwarz aus dem reichen Fundus seines dialektgeographischen Materials „Die deutsche Besiedlung des Böhmerwaldes und Westböhmens im Lichte der Mundarten“. Er belegt anhand von Kartenskizzen die Verbreitung einzelner Sprachräume, die Abgrenzung zu thüringischen und sächsischen Einflüssen und die Ausbildung eines sogenannten Kolonistendeutsch als Mischform während der mittelalterlichen Ostbewegung. Seine Erkenntnisse bieten bei dem bekannten Mangel an urkundlichem Quellenmaterial zur Bevölkerungsverschiebung im Rahmen der deutschen Ostbewegung vielfach die sichersten Aufschlüsse. Auf denselben Vorgang der „Besiedlungsgeschichte des Böhmerwaldes“ richteten sich auch die Ausführungen von Ernst Klebel, in einer kurzen Bestandsaufnahme.

Karl Bosl betrachtete den „Eintritt Böhmens und Mährens in den westlichen Kulturkreis im Lichte der Missionsgeschichte“. Dabei wird hier zum erstenmal, vor einer Reihe anderer Arbeiten des Autors zum selben Themenkreis, die Bedeutung Regensburgs für die böhmische Mission hervorgehoben, sowohl nach dem ersten Taufbericht von 845, als auch nach dem Handschriftenbestand des Domklosters St. Emmeram. Wilhelm Weizsäcker bringt unter dem Titel

¹ Böhmen und Bayern. München 1958, 127 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 1).

„Städteentstehung und Heimatkunde“ Betrachtungen über Stadtgrundrisse, darunter einen besonders eindrucksvollen Vergleich über Parallelen zwischen Wien und Brünn, und Grundzüge des Zusammenhangs der sogenannten Stadtrechtsfamilien in Böhmen aus meist Magdeburger oder süddeutscher Filiation.

Den umfangreichsten Beitrag des Bandes lieferte Erich *Bachmann*, auch nach der Themenstellung: „Böhmen und die bayerische Kunst“. Von der Veitsrotunde des 10. Jahrhunderts bis an die Schwelle des 20. verfolgt er Einflüsse aus Stilrichtungen, Kunsttechniken oder dem Lebensgang einzelner Persönlichkeiten, um die enge, doch nicht ungebrochene, manchmal antithetisch sich wandelnde Bindung Böhmens an die südostdeutsch-bayerischen oder an norddeutsche Kunsträume zu zeigen.

Dem historischen Hintergrund eines staatsrechtlichen Problems widmet sich am Schluß des Bandes Heribert *Sturm*. In seinen Ausführungen über „Bayern und Eger seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts“ zeigt er, daß die alte Reichspfandschaft bei der Auflösung des Reiches von 1806 aus ihrer faktischen, niemals juridisch fixierten Zugehörigkeit zur Krone Böhmen wieder gelöst sein wollte und darum bis 1922 vergebliche Auseinandersetzungen mit der Habsburgermonarchie und der tschechoslowakischen Republik geführt hat.

„Die Sudetenfrage in europäischer Sicht“ suchte der 2. Band² dieser Reihe zu erfassen, der mit Vorträgen aus dem Jahr 1959 drei Jahre später erschien. In seinem Aufbau weicht er vom vorhergehenden wie von allen folgenden Bänden ab, weil er auch die Diskussionen der Tagung übermittelt. Das entspricht auch dem Anliegen dieser Veranstaltung, die wohl in mancher Hinsicht zur Klärung und Orientierung beitragen sollte. Paul *Kluke* eröffnet den Band mit Ausführungen über „Das Münchener Abkommen und der Zweite Weltkrieg“. Er holt weit aus, um die Verstrickung der Sudetendeutschen in die europäischen Minderheitenprobleme zu erläutern, und macht dann klar, wie schlecht ihre Angelegenheiten bei Hitler aufgehoben waren. Er zeigt dabei Hitlers taktisches Spiel mit der Volkstumsideologie ebenso wie seinen aus manchen Äußerungen bekannten Ärger über den Abschluß des Münchener Abkommens, der eine deutsche Offensive gegen die Tschechoslowakei bekanntlich zunächst einmal verhinderte. Der Vortrag fand die ausführlichste Diskussion, nicht nur zur Sache, sondern auch zur Erkenntnis der Standpunkte interessant. Gewisse Einseitigkeiten, die nicht nur 1959 den Rückblick belasteten, greift Wenzel *Jaksch* auf in seinem Referat über „Die Sudetenfrage im europäischen Geschichtsbild“. Seine Kernthese, das Münchener Abkommen sei nur die Konsequenz aus Hitlers Machtergreifung, drei Millionen Sudetendeutsche wären deshalb für das Münchener Abkommen nicht mehr verantwortlich als 65 Millionen Deutsche für Hitlers Machtergreifung, ist zweifellos zur Anschaulichkeit pointiert worden; dennoch tritt dieser Vergleich einem noch immer gängigen Urteil über die Vertreibung und ihre Ursachen entgegen, nach welchem der Ermordete schuldig war.

² Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. München 1962, 281 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 12).

Interessantes zur atmosphärischen Definition innerhalb der Ersten Tschechoslowakischen Republik bringt Rudolf Wierer in seinen Ausführungen über den „Tschechoslowakischen Staat und die Sudetenfrage“. Gerade solche nicht im herkömmlichen Belegmaterial greifbaren Beobachtungen, soweit man sie kritisch sichern kann, erklären manche Vorgänge im Hinblick auf die bekannte Bedeutung des populären Stimmungsbarometers für politische Entscheidungen. Ferdinand D'určanský skizziert „Die Stellung der Slowaken und nichtdeutschen Minderheiten im tschechoslowakischen Staat“, Hans Neuwirth den „Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staats bis zum Vertrag von München“. Beide Referate bringen viel Bekanntes unter dem Gesichtspunkt persönlichen Erlebnisses, mitunter auch mit dem Quellenwert von Memoiren. Vieles aus dem weitgespannten Mosaik der Ausführungen Neuwirths mag in diesem Sinn für spätere Recherchen noch wichtig werden.

Hermann Raschhofer vergleicht „Das ‚Münchener Abkommen‘ und die sowjetische Note vom 10. Januar 1959“. Seine These ist noch aktuell: unvereinbar mit dem geltenden Völkerrecht sei eine an sich undeutliche Version in der sowjetischen Note, wenn sie eine Annullierung des Münchener Abkommens ‚ex tunc‘ bedeutete; zielt sie aber, so meint Raschhofer, auf die Zerstörung des Abkommens durch Hitlers Einmarsch in die Resttschechoslowakei im März 1939, dann könnte eine solche Auffassung „als eine zulängliche Diskussionsgrundlage bezeichnet werden“. Eine knappe Skizze von Taras von Borodajkewycz über „Geschichtliche Probleme deutsch-tschechischer Begegnung“ beschließt den Band.

„Zwischen Frankfurt und Prag“ heißt das nächste Tagungsthema³, das Karl Bosl mit Ausführungen über „Frankfurt, die Franken und das Reich“ eröffnete. Er skizziert die Geschichte der frühmittelalterlichen Königspfalz und der Reichsstadt des hohen Mittelalters, die Entwicklung ihres Territoriums und die machtpolitische Bedeutung des Frankfurter Reichslands im Gesamtbild der deutschen Königspolitik. Walter Schlesinger schließt daran eine Betrachtung über „Die böhmischen Länder in der Geschichte der deutschen Ostbewegung“. Dabei bemüht er sich, die deutsche Ostbewegung vom nationalen Pathos und von diffamierenden Überschätzungen gradeso zu befreien, wie vom Verschweigen aus Ratlosigkeit, das freilich auch heute noch in weitem Maß unser Geschichtsbild kennzeichnet.

Hanns Hubert Hofmann behandelt ein Detail königlicher Territorialpolitik des Spätmittelalters, nämlich „Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main“. Er zeigt dabei auch kartographisch, wie umsichtig der große Luxemburger um eine Verbindung seiner böhmischen Residenz mit dem Königswahlort bemüht war, teils über Besitz-, teils über Lehensbeziehungen, teils über das besondere Rechtsinstrument der königlichen Schutzvogtei für Orden und Bistümer. Ferdinand Seibt sucht Verlauf und Eigenheiten der „hussitischen Revolution“ herauszuarbeiten: einerseits ihre Vielschichtigkeit, die sie mit den Ablaufmodellen jeder anderen europäischen Revolution

³ Zwischen Frankfurt und Prag. München 1963, 155 S. mit 1 Karte.

gemeinsam hat, andererseits aber das ständisch bedingte politische Programm, seit dem 19. Jahrhundert immer wieder einmal von der Geschichtswissenschaft zu Unrecht modernisiert. Friedrich *Prinz* berichtet über „Die Sudetendeutschen im Frankfurter Parlament“. Er zeigt an den Stellungnahmen ihrer politisch profilierten Vertreter die eigenartige Ambivalenz dieser deutschböhmischen und -mährischen Politiker zwischen nationalem und demokratischem Einsatz im politischen Kräftespiel. Heribert *Sturm* schließt mit einer Betrachtung über „Goethe in Böhmen“, einem in vieler Hinsicht interessanten Stück böhmischer Kulturgeschichte, in dem mannigfache personelle und sachliche Beziehungen zusammenfließen. Die Arbeit ist auch durch eine gründliche Bibliographie wichtig.

Der vierte Band vereinigt unter dem Titel „Probleme der böhmischen Geschichte“ Vorträge aus dem Jahr 1964⁴. Er wird eingeleitet mit einem Beitrag von Ferdinand *Seibt* über „König Ottokars Glück und Ende — Dichtung und Wirklichkeit“. Hier wird Grillparzers Dichtung in ihren historischen Aussagen kritisiert, die ein Jahrhundert lang über den Schulunterricht Geschichtsbild machte, ähnlich wie Schillers Dramen. Dem wird die Figur des großen Přemyslidenkönigs als Verkörperung eines zielbewußten Machtpolitikers gegenübergestellt, voll auf den Spuren der zeitgenössischen Expansionspolitik in Spanien, in Frankreich, im staufischen Unteritalien, und dabei imstande, zum erstenmal und für ein Menschenalter lang die Kernzelle des künftigen Donauraums in seiner Hand zu vereinigen.

Ingrid *Matison* kennzeichnet in ihrem Referat „Der ‚Hussitenkönig‘ Georg von Poděbrad in seiner Zeit“ die Tendenz zur monarchischen Zentralisation in der Politik des böhmischen Parvenüs als das wichtigste Forschungsproblem — ein Desiderat, dem inzwischen die Bücher von Heymann und Odložilík in vollem Umfang nachgegangen sind. Im Mittelpunkt der Ausführungen von Heribert *Sturm* über den „erzgebirgischen Bergbau im 16. Jahrhundert“ steht die Geschichte des Joachimsthaler Silbers und das Unternehmertum der Grafen Schlick, kennzeichnend für ein neues, individualistisches Geschäftsdenken.

Einen sehr interessanten Abriss „Über den Strukturwandel der grundbesitzenden Oberschicht Böhmens in der neueren Zeit“ bietet Karl *Richter*. Anhand einiger statistischer Entwicklungen zeigt er, daß der deutsche Einfluß und der damit verbundene personale, aber auch der wirtschaftliche Wandel im böhmischen Adel nicht erst dem großen Strafgericht von 1621 und dem Zustrom von Landfremden im Gefolge des Dreißigjährigen Kriegs zuzuschreiben sei, sondern daß beides sich bereits im 16. Jahrhundert anbahnt und den langfristigen Wandel in der grundbesitzenden Oberschicht bestimmt. Richters Ausführungen sind 1972 durch eine amerikanische Dissertation und danach durch eine amerikanisch-tschechische Gemeinschaftsstudie bestätigt worden. Gerhard *Hanke* verfolgte „Badische und bayerische Herrschaften in Böhmen“. Es geht dabei nicht um ein bloßes Stück Lokalgeschichte, sondern um das Schicksal eines ziel-

⁴ Probleme der böhmischen Geschichte. München 1964, 145 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 16).

bewußten Unternehmens, mit dem sich deutsche Fürstenfamilien im böhmischen Wirtschaftsraum etablierten. Überdies läßt die Verwaltungsorganisation der Besitzungen interessante Schlüsse auf den zeitgenössischen Aufbau der Gutswirtschaft zu. Mit dem Reichsdeputationshauptschluß und den Folgeereignissen fiel der Besitz an die Habsburger.

Friedrich *Prinz*, „František Palacký als Historiograph der böhmischen Stände“, beleuchtet die politische Entwicklung Palackýs um das Jahr 1848, als er versuchte, dem böhmischen Adel eine neue Funktion als Träger der böhmischen Nationalpolitik zu übertragen. Rudolf *Wierer* stellt „Albert Eberhard F. Schöffle und das deutsch-tschechische Problem“ vor, das Schicksal eines Wirtschaftsministers der alten Monarchie, der am Ende des 19. Jahrhunderts das nationale Problem in seiner irrationalen Kraft unterschätzte und durch „wechselseitige Verschmelzung“ lösen wollte. Ernst *Birke* berichtet fesselnd und elegant über „Frankreich und Böhmen von 1848 bis 1938“, eine Zusammenschau vieler Wechselbeziehungen, vornehmlich nach der großen Wende in der französischen Ostpolitik 1871 von großer Bedeutung für die Folgezeit. Gotthold *Rhode* sprach über „Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte“. Nicht nur die Unruhe in der deutschen Minderheit, sondern auch die polnische und die ungarische Aversion gegen die Tschechoslowakei hebt er dabei als komplementäre Elemente der westlichen Appeasement-Politik hervor. Er würdigt die Entscheidung der Westmächte als den Versuch, die undemokratische Aggressionspolitik Hitlers aufzufangen und dabei dem demokratischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zu folgen.

Den Rahmen der böhmisch-mährischen Probleme der Tagungsreihe überschreitet eine Veranstaltung über „Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart“⁵, eingeleitet durch Karl *Bosl* zum 1000-jährigen Gedenken an „Kyrill und Method — Ihre Stellung und Aufgabe in der römischen Kirchenorganisation zwischen Ost und West“. In einem weiten Aufriß zeigt Bosl hier nicht nur die bekannte fränkisch-byzantinische Rivalität und die Rolle der beiden Kirchenorganisatoren in diesem Zusammenhang, sondern das meist unbeachtete Anliegen und den Erfolg päpstlicher Ostpolitik im Mährerreich. Die fünf folgenden Beiträge gelten der Neuzeit, angeführt von einem sehr umfangreichen, sehr kenntnisreichen, von vielem Einzelwissen gespeisten Abriss Ludwig *von Gogoláks* über „Die historische Entwicklung des slowakischen Nationalbewußtseins. Beiträge zur slowakischen Sozial- und Verfassungsgeschichte“. Er richtet sich im großen und ganzen auf die Entwicklung des 19. Jahrhunderts und sucht nationale und soziale Trends dabei zu kombinieren. Über die „Slowakei und den Panslawismus“ referiert Ferdinand *D'určanský*. Er unterscheidet tschechophile und russophile Strömungen im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, hebt aber beide ab von der Absicht eines Verzichts auf das eigene slowakische Volkstum.

Milan Stanislaus *Durica* sucht die Situation der „Slowakei in der Märzkrise

⁵ Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart. München 1965, 237 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 15).

1939“ zu erläutern. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem oft behaupteten Hilferuf Dr. Tisos an Hitler vom 10. März 1939, dem er nicht nur den Mangel positiver Belege entgegenhält, sondern auch anderslautende diplomatische Äußerungen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Ctibor Pokorný sprach über den „Kommunismus und die Slowaken“. Er hob die starke nicht-slowakische Beteiligung an der Partisanenbewegung hervor, eine These, die jedenfalls umsichtige Prüfung verdiente.

Den letzten Beitrag des Bandes bildet eine Arbeit von Kurt Wessely über „Wirtschaftliche und soziale Probleme der Slowakei seit dem Ersten Weltkrieg“. Er greift allerdings bis zu Entwicklungen im Manufakturzeitalter zurück und belegt dann mit reichem statistischem Material die wachsende Landesentwicklung bis zur Gegenwart im industriellen, agrarischen und demographischen Bereich. Daraus ergibt sich der wachsende Anteil der Slowakei am Wirtschaftsvolumen des Gesamtstaates bis 1963.

Unter dem Titel „Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert“ wurden 1967 die Ergebnisse zweier Tagungen in einem Band veröffentlicht⁶. Zwei Schwerpunkte kennzeichnen demnach auch den Inhalt des Bandes: die Revolution von 1848 und das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in der Zwischenkriegszeit.

Friedrich Walter berichtet von der „Böhmischen Charte vom 8. April 1848“ und zeigt dabei, wenn auch mit Sympathie für den altösterreichischen Standpunkt, in allen Einzelheiten die Geschichte eines nicht eingelösten kaiserlichen Versprechens. Friedrich Prinz beleuchtet in seinem Beitrag „die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt und den Reichstag in Kremsier“. Er wägt ab, welche Chance man in Kremsier noch für ein konstitutionelles Verfassungswerk unter innen- wie auch unter außenpolitischen Gegebenheiten hätte sehen können. Mit „Masaryk, Beneš, Kramář und dem tschechisch-deutschen Verhältnis“ beschäftigt sich Bohdan Chudoba, während A. K. Simon unter derselben Kategorie der Betrachtung einen Beitrag über „Rudolf Lodgman von Auen und das deutsch-tschechische Verhältnis“ lieferte. Beim gegebenen Quellenmangel sind Simons Ausführungen in mancher Hinsicht besonders aufschlußreich. Memoirenhaften Quellenwert haben auch die Äußerungen des ehemaligen tschechischen Gesandten in London, Karel Lisický, über „Die Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses in tschechischer Sicht“. „Erfolge und Mißerfolge des sudetendeutschen Aktivismus“ stellt Erwin Zajicek zusammen.

Beiträge von Friedrich Prinz und Ferdinand Seibt richten sich auf „Beneš und die Sudetendeutschen“ und „Beneš im Exil 1939–1945“. Beidemale steht die Frage im Mittelpunkt, ob Beneš die Vertreibung mit der von ihm selber später behaupteten Konsequenz betrieben habe oder ob er sie im Lauf der Zeit mit wachsender Opportunität betrieb. Seibt sucht die Antwort in Benešs Memoiren mit den Mitteln innerer Quellenkritik, wie sie allgemein nur in der Mediävistik geübt wird. Er stellt auch eine Betrachtung über die „So-

⁶ Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, 175 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 19).

zialstruktur der Ersten ČSR“ zusammen, nach kartographischem und statistischem Material. Er zeigt die „Westlichkeit“ der Republik, zumindest ihrer drei westlichen Provinzen, und doch zugleich auch wichtige Differenzen in der sozioökonomischen Struktur zwischen ihr und dem Kernraum der „westlichen“ Entwicklungsbereiche.

Den interessanten taktischen Wandel in der „Stellung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zur sudetendeutschen Frage“ beleuchtet im letzten Beitrag Heinrich Kuhn. Er macht deutlich, wie sehr auch im linken Lager des ideologischen Radikalismus das verbreitete Volkstumsdenken respektiert und zur Orientierung der eigenen Programmatik genutzt wurde, aber ohne Ansprüche auf prinzipielle Gültigkeit.

Mit dem Jahr 1968 fanden die Tagungen des Collegiums konkreteren Zugriff zu besonderen Problemkreisen. Auch erhielten die Veröffentlichungen, fortan vom Verlag Oldenbourg betreut, ein neues Gesicht. Gleich die erste Tagung der neuen Planung brachte zudem als besondere Unternehmung auch tschechische Spezialisten aus Prag an das Rednerpult des Collegiums. Der erste Band⁷ in der neuen Reihe unter dem Titel „Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik“ galt insgesamt dem 50. Jahrestag der Staatsgründung. Karl Bosl eröffnete die Tagung mit einem weiten Rückblick über „Böhmen als Paradefeld ständischer Repräsentation vom 14. bis zum 17. Jahrhundert“. Hier ging es ihm darum, Böhmen als Ständestaat auf dem Weg der Entfaltung der repräsentativen Verfassung und damit der demokratischen Mitbestimmung hervorzuheben, auf einem evolutionistischen Weg, der andere Stationen kennt als die in diesem Zusammenhang meist allein beachtete revolutionäre Entwicklung in Amerika und Frankreich. Zdeněk Šolle schließt daran einen Beitrag über „Kontinuität und Wandel in der sozialen Entwicklung der böhmischen Länder 1872 bis 1930“, der die Entwicklung von 60 Jahren einer sozialen und auch einer nationalen Entfremdung in einer neuen Konvergenz begriffen sah, als die Weltwirtschaftskrise 1930 und der folgende Zusammenbruch der Weimarer Republik „im komplizierten und labilen System Mitteleuropas“ auch die Tschechoslowakei in ihren Strudel zogen.

Friedrich Prinz bringt nach dem Belegmaterial seines Beitrags in Band IV. des Handbuchs der Geschichte der böhmischen Länder einen Abriss über „Das Schulwesen der böhmischen Länder von 1848 bis 1939“. Er sieht dabei den Nationalismus wohl als geistiges Stimulans für den Wettbewerb in der Bildungsentwicklung an, aber er glaubt nicht, daß die nationale Auseinandersetzung die Entfaltung des Schulwesens bei Deutschen und Tschechen wesentlich behindert hätte. Heinrich Rumpler fragt: „Der Zerfall der Habsburgermonarchie — ein Versäumnis?“ Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Ansicht vom unbeirrbar Willen zur Auflösung der Monarchie bei den slawischen Völkern durch viele Argumente gestützt werden könne, nur nicht durch das eine, daß die Monarchie auch durch ein entsprechendes Entgegenkommen ihrerseits alle

⁷ Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München-Wien 1969, 209 S.

Möglichkeiten des Kompromisses erschöpft und „ein echtes Angebot“ dargebracht habe. Das zeigt Rumpler dann im einzelnen am Gang der Ereignisse während der letzten Kriegsmonate. Karel *Pichlík* äußert sich „Zur Kritik der Legenden um das Jahr 1918“. Nicht der Leistung Masaryks im ursächlichen Sinn und nicht dem Geschenk der Sieger sei die Staatsentstehung zu verdanken, sondern der Kriegsentwicklung, die nach dem Ausfall des russischen Bündnispartners eine Zerschlagung der Habsburgermonarchie nahelegte, längst vorbereitet durch die nationale und wirtschaftliche Reife gerade des tschechischen Volkes im 19. Jahrhundert. Helmut *Slapnicka* geht in seinen Betrachtungen über „Recht und Verfassung der Tschechoslowakei 1918 bis 1938“ von dem Vergleich aus, nach welchem die Tschechoslowakei als einziger Staat in Mittel- und Osteuropa ihre Verfassung durch die ganze Zwischenkriegszeit unverändert beibehielt. Er kommt zu dem Schluß einer umfangreichen österreichischen Rechtsrezeption im tschechoslowakischen Rechtsleben, nicht aus Mangel, sondern aus treffender Erkenntnis der tschechischen Juristen über die Qualitäten der Rechtspflege im alten Österreich.

Hans *Lemberg* gibt einen Überblick über „Die tschechischen Konservativen 1918 bis 1938“ und kommt zu dem Schluß, daß gerade „das Fehlen des hohen und niederen Adels, das Kramář schon 1911 als Gefahr für eine künftige tschechische Politik zu erkennen meinte, gerade der Umstand, daß die ‚breiten Massen‘ Träger dieser Politik wurden und daß sie dazu fähig waren“, verhindert habe, daß die ČSR von innen her der Gefahr des Faschismus ausgesetzt war. „Chancen und Grenzen des sudetendeutschen Aktivismus“ betrachtet Peter *Burian*. Nach einer Untersuchung des Ablaufs der aktivistischen Regierungsbeteiligung ist er der Ansicht, daß sich die aktivistische deutsche Politik, auf den Primat parteitaktischer und sozialer Gesichtspunkte gestützt, niemals mehr als die Hälfte des deutschen politischen Potentials umfassend, auf den allgemeinen politischen Entwicklungsgang kaum initiativ ausgewirkt habe. „Es waren ausschließlich die tschechischen politischen Gruppen, die den Staat in Theorie und Wirklichkeit prägten.“ Dazu liefert dann Hans *Schütz*, einer der führenden Politiker in der letzten Phase des deutschen Aktivismus, einen umfangreichen Diskussionsbeitrag. Er betont die Bedeutung des deutschen Aktivismus als aktuellen Kompromiß, der auch durch den Wahlerfolg nach der ersten Legislaturperiode ihrer Regierungsbeteiligung „als politische Spielregel“ von den Wählern honoriert wurde. Karl J. *Newman* spricht über „Krisen in der tschechoslowakischen Demokratie“. Er geht aus von der Tatsache der versagten Föderation beim Staatsbau, der Demontage der Wirtschaftsbindungen zwischen den böhmischen Ländern und dem Donaauraum, und sieht in dieser Zerschlagung der „natürlichen“ Zusammengehörigkeiten auch die Ursache des Untergangs der Ersten Republik. Hans *Schütz* ergänzt Newmans Ausführungen mit vier anderwärts wohl kaum bekannten wirtschaftspolitischen Details.

Bohumil *Černý* leistet in einem Referat über „Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage während des Zweiten Weltkrieges“ anhand neuer Londoner Aktenstudien einen Beitrag zu der Frage, die in dem Sammelband von 1967

bereits diskutiert worden war. Auch er wendet sich gegen die Vorstellung, Beneš sei Urheber und planmäßiger Dirigent der Aussiedlungspolitik gewesen. Er zeigt nach neuen Londoner Aktenfunden, daß Beneš ein opportunistischer Politiker mit sicherer Witterung für die Machtverhältnisse war, der es verstand, aus der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Verbündeten, aus der Situation auf den Kriegsschauplätzen sowie aus den Konstellationen in der Londoner Regierung selbst Vorteile zu ziehen. Dementsprechend entwarf er seine Pläne und stellte seine Forderungen.

Im letzten Beitrag des Bandes entwirft Ferdinand Seibt ein Bild über „Die erste ČSR im Bild der Forschung“. Er zeigt dabei den allmählichen Wandel im Urteil der marxistischen Historiographie, angefangen vom Verdikt über den bourgeois Imperialismus bis zur Einsicht in die Grenzen und Möglichkeiten der tschechoslowakischen Situation innerhalb der französischen Hegemonialpolitik der 20er und frühen 30er Jahre. Als besonderes Beispiel von Mißverständnis, Unklarheit und schlechter Information auf der anderen Seite, in der deutschen Historiographie, hebt er die Darstellungen über die Bodenreform hervor, die freilich allgemein auch beeinflusst gewesen sind von dem teils drohenden, teils anmaßenden, insgesamt jedenfalls dem Staatsverhalten eines guten Teils besonders der deutschen Bürger durchaus abträglichen Begeleitones in der tschechischen Öffentlichkeit von Anfang an.

„Versailles — St. Germain — Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren“ heißt der Titel des Tagungsbandes von 1970⁸, der im folgenden Jahr veröffentlicht wurde. Fritz Fellner eröffnet ihn mit einer Übersicht über „die Pariser Vororteverträge von 1919/20“. Er geht aus von der verbreiteten scharfen Ablehnung des Vertragswerkes, die etwa noch bei Golo Mann zu finden ist, schildert dann die diplomatische Entwicklung und zeigt, wie wenig sich dieser Friedensvertrag in Form und Inhalt von älteren Verträgen unterschied und wie sehr unsere herkömmliche Meinungsbildung noch immer von der politischen Stellungnahme der Nachkriegsjahre beeinflusst ist anstelle von der nüchternen historischen Analyse. Koloman Gajan untersucht das Thema „Masaryk, Beneš und Kramář und ihre Einflußnahme auf die Gestaltung der Friedensverträge“. Er zeigt, welche Unsicherheit die provisorische tschechische Regierung nach der Proklamation des neuen Staates im Hinblick auf die deutschen Gebiete überspielte, eine Unsicherheit, die man übrigens deutscherseits nur zu ungeschickten Deklamationen zu nützen wußte. Andererseits waren nach seiner Darstellung Beneš und besonders Masaryk die elastischen und versöhnlichen Gesprächspartner mit dem Blick für realisierbare Forderungen, anders als Kramář, der im Norden und im Süden des neuen Staates noch territoriale Forderungen durchsetzen wollte.

Peter Hanák zeigte „Ungarn im Auflösungsprozeß der österreichisch-ungarischen Monarchie“. Die militärische Niederlage war dafür zwar der Ausgangspunkt, die Auflösung, das meint Hanák auch am ungarischen Beispiel zu er-

⁸ Versailles — St. Germain — Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren. München-Wien 1971, 198 S.

kennen, resultierte aber aus einer schleichenden Krise, die seit einem halben Jahrhundert schon die Konflikte zwischen Nationalem und Demokratischem unaufgelöst miteinander verschlungen hatte, die freilich dann auch die Friedensverträge nicht lösten.

Winfried *Baumgart* sprach über „Brest-Litovsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse“. Dieser Vergleich ist mit interessanter Umsicht geführt. Nach Baumgart stand der Friedensschluß von Brest-Litovsk den Unterhändlern in Versailles gelegentlich deutlicher vor Augen, als das in den Akten Niederschlag fand. Er war allerdings als Präliminarfriede gedacht, während Versailles die Welt neu ordnen wollte. Aus demselben Zusammenhang stellt Peter Claus *Hartmann* eine besondere Frage an „Das Friedensprojekt: Grundstein der französischen, antideutschen und antibolschewistischen Hegemonialpolitik?“ Die französische Politik bezeichnet Hartmann nur im Ansatz als hegemonial, für den Aufbau eines entsprechenden Systems aber viel zu schwach. Deshalb sei es auch bei der Sicherheitspolitik als Hauptziel geblieben, die zu der entsprechenden Bündnispolitik mit den neugegründeten Staatswesen im Rücken oder in der Flanke Deutschlands geführt habe. Auch verwehrte die Angst vor der bolschewistischen Revolution die völlige deutsche Entmilitarisierung.

Friedrich *Prinz* erläutert, welche Beziehungen „Die USA und die Gründung der ČSR“ erkennen lassen. Er hält sich dabei an die neuesten amerikanischen Darstellungen, wonach sich Wilsons grundsätzliche Stellungnahme für die Erhaltung Österreich-Ungarns erst nach dem 9. Mai 1918 durch den sogenannten Putney-Report zu wandeln begann. Die Ambitionen der tschechischen Emigration waren durch diesen Report unmittelbar „in die Herzkammern der politischen Entscheidungen Amerikas“ getragen worden. Die neue Hinwendung der amerikanischen Führung zu dem Projekt der neuen Tschechoslowakei wurde dabei noch begünstigt durch Hoffnungen auf den berühmten *cordón sanitaire* gegenüber dem revolutionären Rußland, eine Wendung, die erst 1962 in der bislang letzten großen Untersuchung von D. Perman belegt worden ist. Im Bezugsgeflecht dieser Entwicklungen besaß die Entscheidung Kaiser Karls von Österreich-Ungarn gegen einen Separatfrieden natürlich eine Schlüsselstellung. Danach greift Helmut *Rumpler*, „Die Sixtus-Aktion und das Völkermanifest Kaiser Karls. Zur Strukturkrise des Habsburgerreiches 1917/18“. In großem Wurf zeigt er, daß der Kaiser im Lauf der letzten anderthalb Kriegsjahre dreimal im Begriff war, die große Kluft zwischen dem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand der slawischen Völker Zisleithaniens und ihren nationalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu überwinden und das Donauimperium von Grund auf umzugestalten, wozu zuerst die Lösung aus der deutschen Abhängigkeit gehört hätte und der Versuch, Deutschland zu einem Verzichtfrieden zu bewegen. Aber keiner dieser Versuche wurde diplomatisch realisiert.

In der Kriegszielbestimmung auf alliierter Seite wie in der Revolutionstrategie des bolschewistischen Rußland spielte im Laufe der letzten Kriegsmonate das Selbstbestimmungsrecht eine wichtige Rolle. Geradeso, das zeigen unter

anderem auch die Aktionen Kaiser Karls, hatte sich die politische Debatte in Österreich des Begriffs bemächtigt — ein Begriff, der wohl von allem anderen aus dem Diskussionskreis von 1918 noch heute am meisten gilt. Georg E. Schmid sucht ihn historisch und völkerrechtlich zu erfassen: „Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes.“ Ausgangspunkt der Betrachtung ist auch hier, wie bei den meisten geschichtsmächtigen Schlagworten, der Nachweis der Unsicherheit, ja Unklarheit hinter einem scheinbar selbstverständlichen Sprachgebrauch; und nicht nur im Gebrauch, sondern sogar im Bezug dieses Begriffes, so, wenn sich der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau nicht einmal darüber im klaren war, daß der Begriff in Wilsons bekannten 14 Punkten gar nicht enthalten ist. Im Grunde ein Prinzip, geboren aus dem philosophischen Optimismus der Aufklärung, zeigt das Selbstbestimmungsrecht in Wilsons und anderen westlichen Überlegungen übrigens einen anderen Charakter als im mitteleuropäischen Echo: Schmid erinnert dafür an die bekannte Kongruenz von Staat und Volk im Westen, zumindest wie sie bis 1918 vor Augen stand, während das Selbstbestimmungsrecht im Osten eher für ein innerstaatliches Prinzip der Mitbestimmung gelten konnte, oder aber desintegrativ werden mußte, nicht konstitutionell, wie im Westen (nach einer Diskussionsergänzung von Fritz Fellner), sondern konstitutiv für neue politische Einheiten.

Kurt Wessely übernimmt am Schluß des Bandes die Aufgabe, „Die Pariser Vororte-Friedensverträge in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung“ darzustellen. Er trägt dabei informativ zusammen, was im allgemeinen nur in Teilaspekten zur Sprache kommt. Er zeigt besonders, daß nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger unter den Wirtschaftsbestimmungen der Pariser Verträge schließlich Schaden nehmen mußten. Insofern kritisiert er an den Verträgen nicht nur die Härte, sondern auch die Verletzung bisher allgemein gültiger Rechtssätze und schließlich die Verkennung wirtschaftlicher Tatbestände und Fernwirkungen.

Die nächste Tagung unternahm den Schritt von den Friedensverträgen des Ersten zu den Waffenstillstandsverhältnissen des Zweiten Weltkriegs; vom französischen Hegemonialprojekt in Europa zum geteilten Kontinent; vom letzten Europaprojekt des klassischen Konzerts zur Rivalität der beiden Supermächte. Die Vortragsthemen waren dabei aber auf den Mittelpunkt der böhmischen Länder gerichtet: „Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei“⁹.

Um den größeren Bezugsplan bemüht sich Ferdinand Seibt mit dem Einleitungsvortrag: „Von Regensburg bis Potsdam. Ein Versuch über Grenzen und Friedensschlüsse 1803 bis 1945.“ Er will zeigen, welche grundstürzenden Wandlungen Mitteleuropa im Verlauf von 150 Jahren erlebte, vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Potsdamer Konferenz. Ein Versuch, der freilich immer wieder nur im Kartenbild so recht plastisch wird: Von der Vielheit der weltlichen und geistlichen Territorien in Deutschland in ihrem labilen Gleich-

⁹ Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme. München-Wien 1971, 316 S.

gewicht führt der Weg bis zur ausgeprägten preußisch-österreichischen Polarisierung, die den Deutschen Bund sprengte, die sich zu den „Mittelmächten“ entwickelte und nach dem Rückschlag ihrer Tendenzen von 1918 auch den Versuch einer Neutralisierung im neuen Vielstaateneuropa überwand, eine neue Großreichbildung in Mitteleuropa mit Gewalt suchte und endlich die Polarisierung der Welt auf ihrem Boden austragen muß.

Auf diesen letzten Akt der Entwicklung in Mitteleuropa richtete sich das Referat von Karl Bosl: „Die Aufteilungspläne der Alliierten in den Verhandlungen von Casablanca bis zur Potsdamer Konferenz und die Grundtatsachen der Teilung Deutschlands.“ Die Aufteilung war bereits gelegentlich, das war bei der vorhergehenden Tagung zur Sprache gekommen, 1918 auf französischer Seite einmal erwogen worden. Die Kriegszielplanung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg griff sie wieder auf, ließ sie aber in Potsdam hinter politische Interessen zurücktreten. Die Teilung Deutschlands nach 1949 hatte nicht hier ihre Ursachen, sondern in den unterschiedlichen Bindungen der vier Mächte an ihre Besatzungszonen. Peter Krüger untersuchte noch einmal genau „Die Tschechoslowakei in den Verhandlungen der Alliierten von der Atlantik-Charta bis zur Potsdamer Konferenz“. Krüger greift nach dem Zeitraum zwischen dem Beginn des deutschen Rußlandfeldzugs im Sommer 1941 und der sichtbaren deutschen Niederlage an der Ostfront zum Jahresende 1942 als dem entscheidenden Spielraum für den Exilpräsidenten Beneš ebenso wie für die alliierten Konferenzen. Beneš nützte diese Zeitspanne, die amerikanische Diplomatie ließ sie verstreichen. Mit einer solchen Sicht korrigiert Krüger auch die Kriegschronologie in dem bekannten Buch von Wenzel Jaksch über Europas Weg nach Potsdam.

Mit Jaksch und dem sozialdemokratischen Exil der Sudetendeutschen befaßt sich der nächste Beitrag von Martin K. Bachstein: „Die Politik der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptrepräsentanz des deutschen Exils aus der Tschechoslowakischen Republik.“ Er zeigt, wie Jaksch den ungleich gewanderten Beneš noch mit Loyalität betrachtete, als er in Wirklichkeit schon sein Gegenspieler geworden war, und wie er schließlich außerstande gewesen ist, sich neben diesem Gegenspieler mit dem Versuch eines selbständigen sudetendeutschen Nationalkomitees einzurichten. Detlef Brandes untersucht denselben Zeitabschnitt innerhalb der Tschechoslowakei zu dem Thema: „Der tschechische Widerstand in den letzten Kriegsjahren.“ Er zeigt, soweit das die sehr ungleichmäßige Quellenlage gestattet, einzelne Widerstandsgruppen, besonders aber die politische Entwicklung des Prager Aufstands vom 5. Mai 1945.

Hans Kaiser beleuchtet „Die Eingliederung der Slowakei in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft“. Er stützt sich dabei auf Literatur verschiedener Provenienz und auf umfangreiches Aktenmaterial. Ladislav Lipscher führt das Thema weiter und zeigt „Die Einflußnahme des Dritten Reiches auf die Judenpolitik der slowakischen Regierung“. Er kennzeichnet die wachsende Radikalisierung, die schließlich mit dem „Judenkodex“ von 1941 die Slowakei in den Teufelskreis der Zwangsmaßnahmen zum Massenmord führte. Ein Ab-

bruch der Deportationen und Ausnahmeregelungen für getaufte Juden blieben das Ergebnis von Einsprüchen des Vatikans und der katholischen und slowakischen Bischöfe der Slowakei. Wieweit die slowakische Regierung, mehrheitlich offensichtlich mit der deutschen Judenpolitik nicht einverstanden, sich dabei einem unmittelbaren deutschen Druck beugen mußte, ist bis heute noch nicht geklärt. „Die Slowakei im Jahre 1945“ untersucht Jörg K. *Hoensch*. Er weitet diesen Zeitbegriff allerdings um einige Monate aus und bildet ein Ablaufmodell nach drei Phasen, das anfänglich in der von Partisaneneinheiten und der Roten Armee befreiten Slowakei in verhältnismäßig föderalistischer Distanz von der Prager Zentrale ausgeformt wurde. Die Kommunisten verließen diese Distanz aber zugunsten eines neuen Prager Zentralismus, um der neuen Demokratischen Partei Herr zu werden, die andernfalls eine kommunistische Machtergreifung hätte verhindern können.

Peter *Burian* referiert über den „Transfer und seine Konsequenzen“. In einem kurzen Abriss kennzeichnet er den Vertreibungsvorgang als einen Versuch zur radikalen Verwirklichung des Nationalstaatsgedankens, allerdings in einer Welt, die den bürgerlichen Begriff vom Nationalstaat nicht mehr kennt und einen kommunistischen, abgesehen vom jugoslawischen Modell, noch nicht entwickelt hat.

Zur gleichen Zeit wurde „Der Neuaufbau der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Jahre 1945“ organisiert, mit dem sich Heinrich *Kuhn* befaßt. Er beobachtet ihn anhand der grundsätzlichen Richtlinien und einzelner Unternehmungen, auch mit besonders aufschlußreichem statistischem Material aus einzelnen Regionen um zu zeigen, wie sehr die kommunistische Partei der ersten Nachkriegszeit ihr Image als revolutionäre Bewegung mit radikalen Tendenzen in den Hintergrund drängte und mit Begriffen von einer nationalen Revolution operierte, die den Fehler von 1938 durch eine neue Aufbauarbeit tilgen wolle. Erst die spätere Entwicklung der Partei griff auf die sozialrevolutionären Tendenzen zurück, mitunter auch in groß angelegten Säuberungsaktionen unter dem Mitgliederbestand der ersten Nachkriegszeit.

Helmut *Slapnicka* betrachtet die gesamte Entwicklung im Hinblick auf „Die Verfassungsprobleme der Tschechoslowakei im Jahre 1945“. Beneš selber hatte sein Grundanliegen, nämlich die Wahrung der staatlichen Kontinuität, durch seine Vertreibungspolitik bereits vor Kriegsende nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten. Aber im Lauf der letzten Kriegsmonate und der ersten Nachkriegszeit wurde durch Vermögenskonfiskationen, durch Aufhebung der alten Exekutivorganisation, durch den Entzug der Gesetzesinitiative der Nationalversammlung, durch Aufhebung des Verfassungsgerichts, des Ständigen Ausschusses und des Wahlgerichts die „bourgeoise Staatsmaschinerie“ hinweggefegt, wie es im kommunistischen Rückblick später hieß, ja es blieb am Ende von der Kontinuitätsidee nur mehr die Person von Beneš selber. Gleichzeitig erfolgte der Neubau im Sinn der Volksdemokratie.

Die Bedeutung jener Monate für die Vertriebenen kennzeichnet am Schluß des Bandes der Beitrag von Fritz Peter *Habel* — nach ihrem wichtigsten Anliegen, nämlich der „Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland“. In seinem

Beitrag „zu Umfang, Begriff, Konzeption und Ergebnissen eines gesellschaftlichen Strukturierungsprozesses“ zeigt der Verfasser die räumliche Akzentuierung des Bevölkerungswachstums seit 1945 im Bereich der Bundesrepublik, hervorgerufen durch die Bevölkerungsbewegung aus Vertreibung und Flucht. Er untersucht die Eingliederung als verwaltungsorganisatorischen und als soziologischen Begriff, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen, und findet zu dem Ergebnis, daß in der DDR generell ein Einschmelzungsprozeß der Vertriebenen abgelaufen sei, in der Bundesrepublik dagegen eine beachtliche Integrierung, insgesamt freilich gekennzeichnet von einem sozialen Statusverlust. Auch die westliche Eingliederung ist übrigens nach Habel von einer Aufgabe ideeller Spezifikation begleitet.

Der letzte bisher vorliegende Band richtet sich auf „Das Jahr 1941 in der europäischen Politik“¹⁰. Er gilt den Tagungsthemen aus dem Jahr 1971, nach Erkenntnissen, die in den vorhergehenden Tagungen bereits angeklungen waren: wie sehr im Jahr 1941 sich das Schicksal nicht nur des Krieges, sondern sogar noch der Nachkriegsereignisse bis her zu unseren Tagen entschieden habe. Peter Krüger zeigt zunächst „Das Jahr 1941 in der deutschen Kriegs- und Außenpolitik“ in einer solchen entscheidenden Rolle. Er kennzeichnet den Mangel einheitlicher gesellschaftspolitischer Konzeptionen des Nationalsozialismus, der mit Phrasen und Täuschungen nicht nur seine Absichten, sondern zum Teil auch seine Planlosigkeit kaschierte. Nach den großen Erfolgen der Hitlerschen Blitzkriegsstrategie, die seine Gegner gelähmt hatte, verbreiteten sich in diesem Jahr neuerdings Zweifel über die Richtigkeit seiner Führung, die Hitler auf seine Vabanque-Manier schließlich mit der Kriegserklärung an beide Großmächte in Ost und West überspielte. Krüger entwirft dabei umsichtig das große Gemälde der politischen Situationsänderung, die Invasionspläne Hitlers in England im Herbst 1940, die Bemühungen um eine Kontinentalblockpolitik von Spanien bis nach Japan, die „Selbstfesselung“ schließlich durch seine Angriffspläne gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig hatte der Krieg auch dabei durch den neuen Angriff einen besonderen ideologischen Charakter angenommen — in nationalsozialistischer Sicht aus rassistischem Sozialdarwinismus, auf der Gegenseite als Kreuzzug für die Humanität, der schließlich die USA mit der UdSSR verband.

In diesem Rahmen berichtet Peter Claus Hartmann über „Frankreich im Jahre 1941. Seine militärische, politische und wirtschaftliche Situation“. Militärisch war Frankreich damals durch Flotte und Kolonien nicht ganz bedeutungslos, trotz seiner großen Niederlage, politisch suchte es Marschall Petain durch einen autoritären Führerkult im nationalkonservativen Anstrich zu regenerieren, wirtschaftlich aber war es der deutschen Ausbeutung ausgeliefert. Detlef Brandes untersucht den „Kriegseintritt der Sowjetunion und die kleinen osteuropäischen Alliierten“. Er zeigt im Vergleich der polnischen, der tschechischen und der jugoslawischen Exilregierungen und ihrer Partisaneneinheiten, wie unterschiedliche Ausgangspositionen seit 1941 schließlich von der tschechischen

¹⁰ Das Jahr 1941 in der europäischen Politik. München-Wien 1972, 160 S.

Regierung mit dem größten Effekt im Exil, von Tito mit dem größten Erfolg im Partisanenkrieg genutzt wurden, beim Rücktritt der ursprünglich sehr günstigen polnischen Position. Ergebnisse, die nach Brandes bei einem gewissen politischen Spielraum durchaus vom unterschiedlichen Geschick der Akteure beeinflusst waren.

„Die Exilpolitik der tschechoslowakischen Auslandsregierung im Jahre 1941“, heißt danach ein Beitrag von Martin K. *Bachstein*. Auch seine Untersuchung ist wieder ein Beitrag zu jenem Beneš-Bild, das hier bereits von mehreren Autoren entwickelt wurde und den begabten Opportunitätspolitiker seine Pläne nach den Möglichkeiten ausstecken zeigt. Überdies ist auch für die tschechische Exilregierung dabei das Jahr 1941 der entscheidende Wendepunkt, formal mit der Anerkennung durch das englische Gastland, der Sache nach durch die internationalen Zusammenhänge der Kriegsentwicklung. Im selben Ausmaß wurde das Kriegsjahr aber auch militärisch zum Angelpunkt der Katastrophe. Das zeigt Klaus *Reinhardt* in seinen Ausführungen über „Das Scheitern der Strategie Hitlers vor Moskau im Winter 1941/42“. Reinhardt erläutert die Bedeutung der Operation „Taifun“ gegen Moskau für Hitlers Kriegsvorstellungen geradeso wie für die allgemeine militärische deutsche Position. Aus Hitlers Äußerungen zum Jahresende 1941 ergibt sich immerhin, daß er nach dem Fehlschlag sein bisheriges Kriegskonzept für gescheitert betrachtete.

Auch für das Schicksal der jüdischen Minderheiten in Deutschland und in den besetzten Gebieten war das Jahr 1941 entscheidend. Damals wurde die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“, der organisierte Völkermord, in Szene gesetzt. Ladislav *Lipscher* vergleicht „Die Verwirklichung der antijüdischen Maßnahmen in den vom Dritten Reich beeinflussten Staaten“ und stellt heraus, daß nur in Dänemark und in Finnland gegen die deutsche Judenpolitik von vornherein Widerstand geleistet wurde, hier aber mit deutlichem Erfolg.

Einen Wendepunkt in der psychologischen Kriegführung des Nationalsozialismus und in der politischen Regie der Okkupationsgebiete gab es aber auch hinsichtlich der „Kollaboration in Europa mit dem Dritten Reich um das Jahr 1941“. Ihr gilt eine Untersuchung von Hans *Lemberg*. Sie zeigt die französische Entstehung des Begriffs, zunächst wertneutral, bald aber von jeder Seite pejorativ. Lemberg untersucht den Begriff auch unter ethischen Kategorien, verfolgt Formen und Motive in der politischen Typologie und schließlich in der politischen Wirklichkeit. Er greift dabei nach einem ziemlich vernachlässigten Forschungsbereich im lebhaften Auf und Ab der zeitgeschichtlichen Diskussion. Er fordert seine Aufhellung, nicht zur Rehabilitierung, sondern zur vollen Erkenntnis der Wirklichkeit.

Die zehn Tagungsbände markieren recht klar den Weg des Collegium Carolinum durch anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens. Sie zeigen Entwicklungen, nicht nur dem Kundigen, Klärungen, Versachlichungen, sie machen einen erfreulichen Anreiz der Forschungsthemen gerade auch bei jüngeren Gelehrten deutlich und lassen erkennen, mit welcher Redlichkeit das Institut den Aufgaben folgt, die ihm bei seiner Gründung gewiesen wurden.